



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neue Ziele, neue Wege : 3. Die Parteien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

teilenden Kammern und Senate zusammengesetzt sind, ist überhaupt nicht zu verstehen. Die Verzögerungen kommen fast ausschließlich auf Rechnung der Staatsanwaltschaften und der Untersuchungsrichter, auf das Vor-, nicht auf das Hauptverfahren. Man hätte deshalb — wenn wirklich unsre grundlegenden Gesetze spätestens innerhalb von fünfzehn Jahren wieder umgestülpt werden müssen — eher auf eine Erweiterung der Befugnisse der Präsidien oder der Richterkollegien, z. B. auf eine Mitwirkung bei Ernennung der Richter, nach dem bewährten Vorbild der Regimenter beim Ersatz des Offizierkorps, gefaßt sein dürfen.

Was in aller Welt treibt die preußische Regierung, der der damalige verdienstvolle Förderer der ganzen Einrichtung heute als einflußreicher Staatsminister angehört, oder was könnte die verbündeten Regierungen treiben, an eine Einrichtung die Art zu legen, die aus jedem einzelnen der vor fast zwanzig Jahren dafür angeführten Gründe geschaffen werden müßte, wenn wir sie nicht bereits hätten? Wie kann man in einer Zeit, wo — Gott sei es geklagt — die politischen Prozesse mehr als je in Blüte stehen, an Verminderung auch nur einer einzigen der Bürgschaften für gerechte und vorurteilslose Richtersprüche denken? Dürfen sich die Regierungen wundern, wenn die endlich zum Schweigen gekommenen Verdächtigungen, sie suchten den ihnen verfassungsmäßig entzogenen Einfluß auf die Rechtsprechung der Gerichte wiederzugewinnen, von neuem auftauchen? Die Kreuzzeitung beschwerte sich erst unlängst über das Übelwollen der hohen Bürokratie gegen alle von ihr unabhängigen Kräfte im öffentlichen Leben. Sollte auch diesmal etwas von diesem Übelwollen im Spiele sein, so verfolgen wir den jetzt unternommenen Versuch, einen der Eckpfeiler der Gerichtsverfassung hinwegzunehmen, mit der ruhigen Zuversicht, daß sich das deutsche Volk den kostbaren gemeinsamen Besitz aller politischen Parteien, die Unabhängigkeit der deutschen Gerichte, nicht werde verkümmern lassen.



Neue Ziele, neue Wege

3. Die Parteien



st unter den dargelegten Umständen von der Regierung vorläufig nicht viel zu erwarten, so noch weniger von den Parteien. Seit Jahren ist ihnen von den verschiedensten Seiten unzähligemal die Daseinsberechtigung abgesprochen worden, weil sie veraltet seien. Hier müssen sie doch noch einmal von dem hier eingenommenen Standpunkte aus gemustert werden. Die Übersicht wird von selbst

an jeder Partei die Bruchstelle bemerkbar machen, wo sich die Zukunftskeime von den zerfallenden Gebilden der Vergangenheit ablösen.

Die nationalliberale Partei haben wir bereits charakterisiert. Nachzutragen ist nur, daß auch in ihr, der Zeitströmung gemäß, seit reichlich zehn Jahren die rein politischen und die kirchenpolitischen Rücksichten vor den wirtschaftlichen und sozialen in den Hintergrund getreten sind. Eine Zeit lang schienen in ihr die rheinisch-westfälischen Großindustriellen, deren größte allerdings mehr und mehr das vornehmste Stockwerk des parlamentarischen Baues beziehen, die Führung an sich gebracht zu haben. Diese Herren sind streng kapitalistisch gefinnt und begünstigen jede Maßregel, die geeignet ist, den Reichen die Alleinherrschaft zu sichern; sie äußern die lebhafteste Empfindlichkeit, so oft sich die Regierung im Interesse der Arbeiter in Betriebsangelegenheiten einmischet. In den letzten Jahren jedoch scheinen sich einige Fabrikanten und nicht wenige höher gebildete Beamte in der Partei von dem Einflusse jenes mächtigen Elements freigemacht zu haben; wenigstens bezeugen viele von ihnen ein lebhaftes Interesse für die Sozialreform, die einzelne als Brotherrn auch praktisch betreiben, und hie und da vernimmt man Stimmen, die durchaus antikapitalistisch klingen. In der Steuerdebatte des Reichstags vom 7. Dezember v. J. sprach der Abgeordnete Dsann gegen jede Art von Besteuerung, die dem ärmern Teile des Volks zur Last fallen würde, und sagte u. a.: „Eine Anzahl meiner Freunde hat sich nicht überzeugen lassen, daß eine Reichseinkommensteuer unausführbar sei.“ Weiter empfahl er dann eine Reichserbschaftsteuer, eine Luxussteuer, eine weit bedeutendere Verschärfung der Börsensteuer, als sie die Regierungsvorlage enthielt, aber ohne das Anhängsel der Quittungssteuer. Es ist klar, daß diese beiden Gruppen auf die Dauer nicht werden beisammen bleiben können.

Die konservative Partei ist die seit 1879 mächtigste und im Augenblick zugleich die interessanteste. Wenn der Begriff konservativ an sich schon sehr unbestimmt und relativ ist, so läßt sich erst recht nicht viel damit anfangen in einer Zeit, wo man die Leute, die sich konservativ nennen, fragen muß, ob sie die Zustände von 1889, oder von 1877, oder von 1869, oder von 1865, oder ob sie, wie manche Katholiken, die von 1077 konservieren oder wiederherstellen wollen. In dem reißenden Wechsel politischer und sozialer Umwälzungen hätte sich bei uns so wenig wie in Frankreich eine große konservative Partei erhalten können, wenn nicht der Name von einer starken Interessenvertretung getragen würde. Die konservative Partei ist bekanntlich die Partei der Pastoren, des altpreußischen Beamtentums und des altpreußischen Adels.

Das kirchliche Element hat vorzugsweise durch seinen Einfluß auf das Schulwesen politische Bedeutung gewonnen. Der Geistlichkeit liegt selbstverständlich die religiöse Erziehung der Jugend mehr am Herzen als ihre Unterweisung in weltlichen Künsten und Wissenschaften, und dieser Umstand wird

nun von den feudalen Elementen der Partei für ihr Sonderinteresse ausgebeutet, indem sie unter der „religiös-sittlichen Erziehung“ nicht etwa das verstehen, was die Puritaner darunter verstanden haben, sondern die Gewöhnung an blinden Gehorsam gegen alle Arten von Vorgesetzten; um dieses Ziel möglichst vollkommen zu erreichen, müssen sie den Unterricht in den Landschulen auf das Maß dessen hinabzudrücken suchen, was heutigen Tages selbst ein Knecht nicht entbehren kann. Wie immer man vom Standpunkte der Kant-Fichtischen Moralphilosophie über diese Erziehungsgrundsätze urteilen mag, auf dem Standpunkte unserer herrschenden Klassen sind sie richtig, und nicht die Liberalen, sondern die Konservativen sind hier die Staatsweisen; denn der unterrichtete Besitzlose wird notwendig ein Revolutionär, wenn man ihm nicht die gewisse Aussicht auf Besitz eröffnet, und das wollen die Liberalen so wenig wie die Konservativen.*)

Das altpreußische Beamtentum huldigt dem königlichen Absolutismus und dem Dogma vom beschränkten Unterthanenverstande und glaubt aufrichtig, daß alles recht, gut und heilsam sei, was der König will und thut. Es bedarf keiner langen Auseinandersetzung, daß sich diese Auffassung nicht auf das neue Reich übertragen läßt; dem Deutschen ist der preußische König nur so viel wert, als er ihm leistet. Den zur Zeit herrschenden Klassen leistet er nun — durch Justiz, Polizei und Heer — sehr viel, ja alles, daher bedarf er der altpreußischen Grundsätze gar nicht mehr zur Stütze seiner Macht. Würde diese einmal durch Finanznot gefährdet, so würden sich wahrscheinlich Leute wie Herr Rudolf Mosse opferwilliger zeigen als so mancher vom altpreußischen Adel; denn die Juden knausern zwar im Kleinen und Überflüssigen, haben dafür aber für das Große und Notwendige Geld.

Der altpreußische Adel, der die hohen Staatsämter als seine Domäne be-

*) An dieser Auffassung und Verwertung des Begriffs der religiös-sittlichen Erziehung tragen die Geistlichen selbstverständlich keine Schuld. Aber die befinden sich überhaupt den Herrschenden gegenüber, deren Forderungen und Ansprüche den Grundsätzen des Neuen Testaments schnurstracks entgegengesetzt sind, in der übelsten Lage. Vielleicht kommen wir noch einmal darauf zurück. Für heute nur eine Anekdote. Daß der christliche Prediger, wenn er seinem Berufe nicht untreu werden will, die Sünden der Reichen und Mächtigen immer zehnmal geißeln muß, ehe er von denen der Armen einmal spricht, können doch höchstens Türken leugnen, die nie eine Zeile aus dem Evangelium gehört oder gelesen haben. Nun hat vorigen Herbst ein Pastor in der Provinz Sachsen einmal in der Predigt ausgeführt, an der Erbitterung der Arbeiter sei auch die Parteilichkeit mancher Fabrikbesitzer mit schuld, und hat diesen ihre Pflichten vorgehalten. Daraufhin ist er „wegen sozialdemokratischer Untriebe“ denunziert worden, und der Landrat hat im Auftrage des Konsistoriums Zeugen vernehmen müssen. Die Herren Landräte, Konsistorialräte und Staatsanwälte mögen einmal die Strafpredigten der alttestamentlichen Propheten, Johannes des Täufers, Christi und Luthers gegen die Reichen und Mächtigen lesen und dann berechnen, wie viel Jahre Gefängnis sie gegen diese Übeltäter, wenn sie heute auftreten wollten, beantragen müßten.

trachtet, besteht aus Rittergutsbesitzern, und bei der aus früherer Zeit stammenden Abhängigkeit der Bauern von diesen ist ihre Partei zugleich die Bauernpartei geworden, was ja auch insofern einen guten Sinn hat, als der Bauer am Hergebrachten hängt und raschen Veränderungen abhold, demnach konservativ im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist. Wäre nun das Wohl dieses Standes, der die Hauptmasse der konservativen Wähler stellt, der eigentliche und Hauptzweck der Partei, so würde ich die konservative Partei für die notwendigste und für die allein unbedingt berechnete erklären. Leider ist das aber nicht der Fall; die konservative Partei ist die Partei der Agrarier, Agrarier aber und Bauern sind zweierlei. Der Leser wird in der nachstehenden Betrachtung nur finden, was in den Grenzboten schon oft gesagt worden ist, allein es muß so lange wiederholt werden, bis es durchdringt.

Bequemem modernem Brauche folgend, verstecken die Agrarier ihre werten Personen hinter dem Abstraktum Landwirtschaft. Da ist denn nun gleich die in Umlauf gebrachte Redensart „Not der Landwirtschaft“ reiner Unsinn. Die Landwirtschaft kann nicht Not leiden. Darniederliegen, elend betrieben werden, eingehen kann sie, aber von alledem ist in unserm Vaterlande Gott sei Dank keine Rede; ist es doch eine Wonne, von Nord nach Süd, von Ost nach West durch seine wohlangebauten Fluren zu fahren! In keinem Lande der Erde erfreut sich die Landwirtschaft einer solchen Blüte wie in Deutschland, und in keiner frühern Zeit hat sie so hohe Erträge geliefert. Rittergutsbesitzer sind es gewesen, die sie durch Studium, Versuche, weise Leitung, Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens zu solcher Höhe entwickelt haben, und obwohl die meisten von ihnen nicht aus Liebe zum Vaterlande, sondern als kluge und gute Wirte zu eigenem Nutzen strebsam gewesen sind, so bleibt ihnen doch der ewige Dank des Volkes gesichert; vor allem natürlich denen, die in den landwirtschaftlichen Vereinen eine uneigennützigke Tätigkeit für die Gesamtheit entfaltet haben. Aber sind es gerade die gegenwärtigen Führer der Agrarier, die sich durch solche Verdienste um die Landwirtschaft ausgezeichnet haben? Es ist uns von keinem bekannt; von einigen wissen wir nur, daß sie flotte Lebemänner sind. Dagegen sind die Herren Sombart und Schulz-Lupitz als ausgezeichnete und hochverdiente Landwirte im ganzen Reiche und darüber hinaus bekannt; Sombart ist nun ein entschiedener Gegner der Agrarier, Schulz aber, der anfänglich dem Bunde der Landwirte beigetreten war, hat sich von ihm losgesagt.

Man kann die Gutsbesitzer — bei uns in Deutschland sind die Landwirte glücklicherweise noch größtenteils Besitzer —, die über Not klagen, in vier Klassen teilen. Die erste Klasse besteht aus notorisch reichen Herren, die sich bedrückt fühlen, weil die Einnahmen aus ihren Landgütern nicht in dem Maße zunehmen, wie es der ungeheuerliche Reichtumsbegriff unsrer Zeit erfordert. Ein Graf aus altem Geschlecht, der nicht mehr als 100000 Mark

Einkommen hat, muß sich arm vorkommen neben Neubacknen Magnaten, neben den Kommerzienräten von Berlin-West und den Industriefürsten im Rheinlande. Der Gram darüber ist berechtigt und erklärlich, allein das Volk, den Staat und die Politik geht er nichts an. Die zweite Klasse besteht aus jenen Junkern alten Stils, die grundsätzlich doppelt so viel ausgeben, als sie einnehmen. Ihre landwirtschaftlichen Studien haben diese Herren meistens am Spieltische gemacht, und ihre Söhne setzen diese Art Studium fort. Für deren Nöte mag sich, solange sie oder ihre Söhne dem Heere angehören, der oberste Kriegsherr interessieren, wie denn Friedrich Wilhelm III. die Spielschulden sehr berühmter Männer mehr als einmal bezahlt hat, und unter seinem Nachfolger einmal ein eigentümliches Verfahren eingeleitet worden ist, um zahlreiche Herren mit einem Schläge aus den Händen ihrer Gläubiger zu befreien; den Staat und die Politik geht auch diese Art Not nichts an. Herren dieser Art hatte Niebuhr ohne Zweifel im Auge, als er das Wort sprach, an das jüngst die Times erinnerten: „Setz verstehe ich auch Catilina!“ Diese beiden Klassen „notleidender Landwirte“ sind hoffentlich nicht sehr zahlreich, aber von ihnen vorzugsweise wird die agrarische Agitation geschürt. Die dritte Klasse besteht aus den Besitzern, die wirklich Not leiden. Diese Not ist aber, wie die Grenzboten wiederholt dargelegt haben, derart, daß sie durch die von den Agrariern vorgeschlagenen Mittel nicht gehoben werden kann. Und auch kein Staatsmann, wäre er das größte aller Genies, kann helfen, wenn er nicht Wege einschlägt, von denen die Agrarier selbst nichts wissen mögen. Denn diese Not besteht darin, daß von einem Gute, das vor achtzig Jahren eine Familie standesgemäß ernährte, heute zwei, drei, vier Familien leben sollen. Kein Staatsmann, und wäre es Karl der Große, kann machen, daß dem Gutsbesitzer mit jedem neugeborenen Kinde hundert Morgen zuwachsen, ohne daß diese hundert Morgen den Nachbarn geraubt werden. In einem Lande, dessen anbaufähiger Boden vollständig verteilt und angebaut ist, muß bei wachsender Bevölkerung von drei Dingen eins eintreten. Entweder bei jeder Erbfolge werden die Güter in natura geteilt, sodas sich Adel und Bauerschaft mit der Zeit in proletarische Zwergbauern verwandeln. Oder die Güter fallen ungeteilt an den Anerben, und die übrigen Kinder gehen leer aus: dann bleibt ein kräftiger Gutsbesitzerstand erhalten, dafür aber schwillt das Proletariat zu staatsgefährlichem Umfange an. Oder die Geschwister des Anerben werden mit Geld abgefunden, dann ist das Gut bei der zweiten, dritten Erbfolge überschuldet, und der Besitzer kann es nicht mehr halten. Soll von diesen drei Übeln keins eintreten, dann bleiben nur zwei Auswege: entweder das Zweikindersystem, oder Eroberung eines Kolonialgebiets, wo die überschüssigen Gutsbesitzersöhne ohne Belastung des Stammguts versorgt werden können. Solange nicht diese Lage der Dinge offen eingestanden und ihre Anerkennung den Debatten zu Grunde gelegt wird, bleiben diese leeres Geschwätz. Eine

vierte Klasse notleidender Gutsbesitzer bilden die, die entweder durch Liederlichkeit oder durch schlechte Wirtschaft oder — was der häufigere Fall ist — durch Erbteilung in Schulden geraten sind, und deren Untergang durch Wucher, Steuerdruck, durch eine schlechte Hypotheken- und Subhastationsordnung beschleunigt wird. Diesen Übeln hat das bäuerliche Genossenschaftswesen^{*)} in Westdeutschland schon einigermaßen abgeholfen und wird ihnen in Zukunft noch weiter abhelfen; gegen sie hat auch die Gesetzgebung einzuschreiten, ungefähr nach dem Programm, das „ein Grundbesitzer von 35 Ar und 49 Quadratmetern“ in Nr. 1 der Grenzboten aufgestellt hat.

Wenn sich demnach auch ein Teil unsers Bauernstandes wirklich in Not befindet, so sind doch zum Glück die Schilderungen, die der Bund der Landwirte davon entwirft, übertrieben. Wir haben Gott sei Dank in vielen Gegenden unsers Vaterlandes noch einen kernhaften, stellenweise einen reichen Bauernstand, sodaß es sich nicht um seine Rettung, sondern um seine Befestigung und Ausbreitung handelt. Für diesen hochwichtigen Zweck wäre es aber nicht das richtige Mittel, den Bauern den Anschluß an den Bund der Landwirte zu empfehlen, denn dieser Bund wirkt der Gesundung, Kräftigung und Vermehrung des Bauernstandes in mehrfacher Weise entgegen. Er versucht die ostelbischen Bauern in jener Abhängigkeit vom Junker zu erhalten, die abgeschüttelt werden muß, wenn sie gleich ihren westdeutschen und niedersächsischen Brüdern den Weg korporativer Selbsthilfe beschreiten sollen. Er feindet die Genossenschaften, die bedeutende und segensreiche Leistungen aufzuweisen haben, geradezu an und sucht die Bauern aus ihnen zu sich herüberzulocken, zu einer Vereinigung, die noch gar nichts für den Bauernstand geleistet hat. Er hält geradezu von Veranstaltungen korporativer Selbsthilfe ab, indem er die Bauern verleitet, ihr Heil von der Staatshilfe zu erwarten, und zunächst von hohen Agrarzöllen, denen er eine übertriebene Bedeutung beilegt; und er verschlimmert die oben beschriebene eigentliche Not des Gutsbesitzerstandes, indem er durch künstliche Mittel und Staatszwang die Rente und damit den Kaufpreis der Landgüter zu erhöhen strebt. Die Höhe des Bodenpreises ist ja eben die Ursache alles modernen Elends! Lasse man zehntausend ostelbische Rittergutsbesitzer bankrott werden (soviele der Staat und das Volk brauchen, blieben dann noch immer übrig), und siedle man auf der frei gewordenen Fläche, die wohlfeil zu kaufen wäre, eine Million mittlere und Kleinbauern an — das wäre bauernfreundliche, das wäre staatserkhaltende Politik! Es gehört ein merkwürdiger Unverstand dazu, den Bund der Landwirte als ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie zu empfehlen, wie bundesfreund-

*) Die Genossenschaften steuern selbstverständlich nicht bloß Übeln, sondern wirken segensreich auch dort, und dort erst recht, wo, wie in Niedersachsen und in manchen Gegenden Schlesiens, den wohlhabenden Bauernstand gar keine Übel drücken.

liche Blätter thun. Die Politik der Agrarier will ja eben jene großen Güter, die dem Vaterlande soviel geschadet haben, und die jetzt glücklicherweise dem Bankrott nahe sind, durch Besteuerung der Lebensmittelverzehrer, d. h. der armen Volksmassen, noch weiter lebensfähig erhalten, will die Latifundienwirtschaft verewigen, die den Osten unsers Vaterlandes entvölkert und in den industriellen Gegenden und Orten beschäftigungslose Proletariermassen anhäuft!

Über Zollfragen läßt sich streiten. Worüber sich aber nicht streiten läßt, das ist die Annahme eines kleinen Bruchteils der Bevölkerung, zu verlangen, daß alle Zollfragen lediglich nach seinen Wünschen entschieden werden. Sombart hat in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 8. März v. J. den Bevölkerungsteil, der „am Schutz Zoll auf Getreide ein Interesse hat,“ auf ein Achtel der Gesamtbevölkerung berechnet und erklärt, er könne es vor seinem Gewissen nicht verantworten, diesem Achtel die übrigen sieben Achtel zu opfern. Und: ein Interesse daran haben, ist noch lange nicht soviel wie: davon abhängen. Der Kaufmann mag in einem gegebenen Augenblick ein Interesse daran haben, daß der Zucker auf- oder abschlage, aber damit ist noch nicht gesagt, daß er bankrott werden müsse, wenn es nicht geschieht. Je gesünder und natürlicher die Verhältnisse sind, je mehr die ländliche Bevölkerung überwiegt, je größer die Zahl der Menschen ist, die das Getreide, das sie bauen, selbst aufessen, je kleiner die Zahl der Latifundien ist, die das Getreide plantagenartig für den Export bauen, und der Großstädte, die es von fern her beziehen müssen, je mehr sich der Güteraustausch auf den Verkehr zwischen den Dörfern und einer in ihrer Mitte liegenden kleinen Stadt beschränkt, desto gleichgiltiger wird der Getreidepreis; jede Förderung der heutigen unnatürlichen Entwicklung — und künstliche Steigerung der Getreidepreise ist eine solche — beschleunigt den drohenden Einsturz des künstlichen Gebäudes.*) Und worüber

*) Den ewigen Hinweisen auf England, dessen Landwirtschaft durch die Aufhebung der Getreidezölle so tief geschädigt worden sei, daß sie ihrem Untergang entgegengehe, hat noch niemand im Reichstage und in großen Zeitungen den wirklichen Thatbestand entgegenzuhalten den Mut oder den Verstand gehabt. Was heißt Landwirtschaft? muß man hier vor allem wieder fragen. Den englischen Bauernstand haben die räuberischen Lords vernichtet, als England noch ein Getreide ausführendes Land war, und kein Mensch an Kornzölle dachte. Als sie dann zur Erhöhung ihrer ländlichen Grundrente Zölle einführten, war das Unternehmen von vornherein aussichtslos. Denn nachdem sie das englische Volk aus einem Bauernvolke in ein Fabrikproletariat verwandelt hatten, konnte es nur durch Exportindustrie am Leben erhalten werden, und das war nur möglich bei billigen Lebensmittelpreisen. Wären die Kornzölle nicht aufgehoben worden, so wären die Engländer einfach verhungert, und den Lords wäre samt der landwirtschaftlichen auch die Häuser- und Grubenrente abhanden gekommen. Daß die englischen Landwirte, die ja nicht Besitzer sind, sondern Pacht zahlen müssen, bei niedrigen Getreidepreisen schlecht durchkommen und vielleicht zu Grunde gehen werden, ist freilich richtig, aber auch von keiner großen Bedeutung. Die englische Landbevölkerung spielt keine wichtige Rolle mehr, weder in wirtschaftlicher noch in sozialer Beziehung. Denn da die Engländer schon beinahe vier Fünftel ihres Getreides aus dem Auslande beziehen, so ist kein

sich zweitens nicht streiten läßt, das ist die Lächerlichkeit, uns den Schutz Zoll als konservatives „Prinzip“ aufbinden zu wollen. Es ist noch nicht ganz ein- und zwanzig Jahre her, daß die Agrarier fanatische Freihändler waren und die Beseitigung des letzten Eisenzolls durchsetzten. In der Debatte darüber sprach einer ihrer Führer, der Abgeordnete von Behr: „Nehmen Sie vor allem die Versicherung entgegen, daß mir nichts ferner liegt, als Ihnen die Notwendigkeit der Aufhebung der Eisenzölle beweisen zu wollen. Axiome, meine Herren, beweist man nicht.“ Vielleicht vergehen keine zehn, keine fünf Jahre, und wir sehen die Agrarier, wenigstens einiger Provinzen, wieder an der Spitze der Freihändler marschieren. Die an der Ostsee wohnenden verlangen die Aufhebung des Identitätsnachweises, um ihr Getreide im Auslande zum Weltmarktpreise verkaufen zu können und so ihr natürliches Absatzgebiet, Schweden und England, wiederzuerobern, das sie sich in einem Anfall von schutzöllnerischem Paroxysmus versperrt haben.*)

Ein Ableger der konservativen Partei ist die antisemitische. Sie hat ihre Berechtigung (von ihrer Skandalchronik sehen wir ab), geht aber einerseits nicht weit genug und andererseits zu weit. Sie muß den Schritt thun, den Caprivi fürchtet, muß nicht bloß die Juden, sondern den Kapitalismus bekämpfen, zu dessen hervorragendsten Vertretern bei uns allerdings Juden gehören; Caprivi begeht nur den Fehler, daß er eine Wendung fürchtet, die er als Staatslenker herbeiwünschen müßte. Und sie gehen andererseits zu weit,

Grund vorhanden, warum sie nicht auch das letzte Fünftel im Auslande kaufen sollten. Die ländliche Bevölkerung aber bildet schon lange nicht mehr den Kern des Volks. Sie beträgt nur noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Von diesem Drittel sind (in England selbst ohne Wales und Schottland) 352067 Pächterfamilien und 59873 Familien, die eignes Land bewirtschaften, das übrige, also die Hauptmasse, sind Tagelöhner, ein Proletariat, ärmer, roher und elender als das Fabrikproletariat. Die Engländer leben nicht mehr von ihrem Vaterlande, sondern vom Auslande und von ihren auswärtigen Besitzungen; England ist ihnen nur das, was dem Fabrikbesitzer seine Villa und dem Gutsherrn sein Schloß ist; es ist nur die Residenz, nicht das Arbeitsfeld des Volks.

*) Der Versuch, das ostpreussische Getreide in West- und Süddeutschland statt wie früher in Schweden und England zu verkaufen, ist nicht zur Zufriedenheit der Landwirte ausgefallen, weder der ost- noch der west- und süddeutschen, wie denn bisher Versuche, die Handelswege gewaltsam zu ändern, noch immer verunglückt sind. Patrioten Bismarck'scher Schule haben die Schutz- und Sperrzollpolitik begrüßt, weil sie hofften, dadurch Deutschland zu einem geschlossenen Wirtschafts- und Handelsgebiete machen zu können. Ein Blick auf die Karte hätte sie belehren müssen, daß das unmöglich ist, wenn man unter Deutschland das heutige Reich versteht, ein Blick auf die Kleinheit, Gestalt und Lage dieses Reichs. Die Vereinigten Staaten könnten ein geschlossenes Wirtschafts- und Handelsgebiet sein, Rußland könnte eins sein, für Deutschland wäre nur dann vielleicht daran zu denken, wenn mit dem heutigen Reiche die österreichisch-ungarische Monarchie zu einem Ganzen verschmolzen würde; Mitteleuropa, das wäre ein Gebiet, das sich einigermaßen selbst genügen könnte, vorausgesetzt, daß keine Überbevölkerung einträte.

indem sie den verderblichen Einfluß des Judentums auf die Volkswirtschaft überschätzen. Der Grundbesitzer in Nr. 1 der Grenzboten hat ganz Recht: wo ein Mas ist, da sammeln sich die Geier, und wo keins ist, da müssen sie verhungern oder fortziehen. Wirtschaftlich gesunde Menschen und Völker geben Wucherern und Schwindlern nichts zu verdienen, wo aber für solches Geschmeiß etwas zu verdienen ist, da bedarf es gar keiner Juden, die frommsten Christen besorgen das Geschäft ebenso gut; der Leser braucht sich nur umzusehen, und er wird Beispiele in seiner nächsten Nähe finden. Und wenn man einwendet, daß doch auch ein ganz gesunder Volkskörper durch eine Menge Schmarotzer, die sich an ihn anhängen, schließlich krank gemacht werden könne, so entgegne ich, daß sich auch in dieser Beziehung die eignen Volksgenossen meistens verderblicher erweisen als die Juden; es sind gewöhnlich die Mächtigen, die ihr Volk zu Grunde richten. Welches sind denn die Länder, in denen die Juden lange Zeit die Übermacht gehabt haben und zum Teil heute noch haben? Es sind vorzugsweise Russisch-Polen, Posen, Galizien, jenes Stückchen Halbasten, das für die europäischen Völker nur sehr wenig bedeutet. Hier waren sie aber als Verkehrsvermittler unentbehrlich, weil im alten Polen der Adel und die Geistlichkeit keinen freien Bürger- und Bauernstand hatten aufkommen lassen. In großen Kulturstaaten aber, die sich eines kräftigen Bürger- und Bauernstandes erfreuten, diesen zerstört zu haben, das ist eine Leistung, deren sich nicht die Juden, sondern andre, mächtigere Leute rühmen können. Nicht Juden sind es gewesen, sondern hochkirchliche Lords normännischen und angelsächsischen Blutes, die den englischen Bauernstand vernichtet haben. Nicht Juden, sondern Bollblutitaliener sind es, die das italienische Landvolk in einen Zustand jammerenswürdiger Armut und Sklaverei herabgedrückt haben, und weder ihr politisches noch ihr religiöses Glaubensbekenntnis hat auf ihre Handlungsweise Einfluß geübt; ehemals waren sie fromme, konservative Räuber und besuchten die Messe, heute sind sie liberale Räuber und beten mit ihrem Carducci zum Satan, aber Räuber sind sie nach wie vor. Nicht Juden, sondern orthodoxe Bauern sind in Rußland die Mirrefresser. Nicht Juden, sondern Yankee sind es gewesen, die, um fabelhafte Reichtümer aufzuhäufen, die natürliche gesunde Entwicklung Nordamerikas gewaltsam unterbrochen und durch Landdiebstahl, Schutzzölle, Ringe und Silbergesetze in jenem geräumigen, reichen und dünnbevölkerten Lande die sozialen Nöte jetzt schon erzeugt haben, die sich bei natürlicher Entwicklung erst nach einigen hundert Jahren eingestellt haben würden.

Die freikonservative oder Reichspartei ist die Genossenschaft der Großen. Diese Herren sind der Regierung unentbehrlich als technische Berater in allen Dingen, die den Großhandel, die Großindustrie und den Großgrundbesitz angehen, aber das Volk vertreten sie in keinem Sinne, und es ist fraglich, ob sie bei völliger Unabhängigkeit ihrer bisherigen Wähler auch nur ein einziges

Reichstagsmandat erobern würden. Daß sie der Regierung unentbehrlich seien, ist eigentlich zu wenig gesagt: sie sind mit der Regierung eins; man kann sie als die erweiterte Regierung oder die Regierung als die Exekutivgewalt ihrer Genossenschaft ansehen, weshalb denn auch ein ernsthafter Zwiespalt zwischen dieser Partei und der Regierung gar nicht denkbar ist. Die höchste Macht zieht natürlich auch die Spitzen der Intelligenz, bei uns also das Professorentum, in ihren Dienst, und aus diesem Grunde ist die Partei aller Orthodoxie abhold; außerdem aber auch an sich schon, denn die Vornehmen neigen nicht zur Bigotterie, und der Staat ist mißtrauisch gegen jede tiefere Religiosität, als gegen ein von ihm unabhängiges und volkstümliches Element, das leicht oppositionell wird. Aus ihrer Stellung zu den religiösen und Kirchenfragen haben die Herren die Berechtigung abgeleitet, in ihren Parteinamen das Wörtchen „frei“ aufzunehmen. Allerdings sind sie auch noch in einem andern Sinne „liberal.“ Sie mißbilligen jede Art von „mittelalterlicher Gebundenheit,“ d. h. jede Korporation, durch die sich der Bürger oder Bauer selbst bindet, um sich stark zu machen gegen solche, die seinen Stand und damit ihn selbst zu schädigen trachten; sie mißbilligen alles, was ihre Freiheit einzuschränken geeignet wäre, die Freiheit des Reichtums und der Bürokratie oder, was dasselbe ist, die Macht des Geldes.

Nicht bloß um die Reichspartei, sondern auch um die andern beiden Kartellparteien würde es schlimm stehen, wenn sich ihre Wählerschaft auf die überzeugten grundsätzlichen Anhänger beschränkte. Es wählen für sie erstens die zahlreichen von ihnen abhängigen: Dienerschaft, Gesinde, Lohnarbeiter (wo es der Sozialdemokratie noch nicht gelungen ist, einzudringen), Unterbeamte (wo deren Abstimmung kontrolliert werden kann); ferner die Kriegervereinskameraden, weil ihnen ihre obern und obersten Kriegsherren sagen, daß es der Treueid fordere, den sie geschworen haben; endlich von den politisch unselbständigen noch alle, die an den Wochentagen Glaceehandschuhe tragen, weil es sich für diese von selbst versteht, daß sie zu einer vornehmen Partei gehören müssen; zu welcher von den dreien, ist ihnen gleichgiltig. Nicht gleichgiltig ist das den Bauern und den zünftlerischen Handwerkern, die aus Standesinteresse konservativ wählen und damit eine der Stellen bezeichnen, wo das Kartell brüchig ist. Den Freisinnigen oder „Juden,“ den Sozialdemokraten und Katholiken gegenüber schwinden die Unterschiede der drei Kartellparteien, und wo solche Gegner vorherrschen, da hängt die Wahl der Parteibezeichnung vom Zufall ab. In vorwiegend katholischen Gegenden verweist der Konfessionshaß sogar die Grenze zur Linken, und der Anhänger Häckels reicht dem orthodoxen Pastor die Hand zum „Kampfe gegen Rom,“ mag es sich auch im Augenblick gar nicht um Rom, Wittenberg oder Jena, sondern nur um die Bier-, Branntwein- oder Tabaksteuer handeln. An manchen Orten sind die Angehörigen jeder Partei zu Klubs und Wetterschaften zusammengewachsen, und die Nach-

kommen werden als Montecchi oder Capuletti geboren; es versteht sich für jeden Sprößling der einen wie der andern Sippe von selbst, daß er es nicht „mit der Gesellschaft da drüben“ halten könne; und wenn die Capuletti des Städtleins z. B. für den Handelsvertrag mit Rußland sind, so ist jeder Montecchi gezwungen, dagegen zu schreien, mag er auch Kaufmann und grundsätzlicher Freihändler sein.

Die deutschfreisinnige Partei, die nur noch in kümmerlichen Resten fortvegetirt, hat ihren geschmacklosen Namen in Ermanglung eines bessern wahrscheinlich darum gewählt, weil sie fühlte, daß ihr der Name Fortschrittspartei nicht mehr gebühre. Denn einerseits war sie in einen schlimmen Gegensatz zur Zeitströmung geraten und fing an, in wirtschaftlichen und sozialen Dingen den ewigen Stillstand zu predigen, und dann konnte sie sich doch auch nicht mehr gut als Erbin der alten Fortschrittspartei, der Harfort, Ziegler und Waldeck, geberden, seitdem sie zur Judenschutztruppe herabgesunken war. Die alte Fortschrittspartei ist zwar in mancher Beziehung doktrinär verblendet, aber hochachtbar und wirklich die Vertreterin des Kerns des preußischen Volks gewesen; getäuscht hat sie sich nur über den zukünftigen Gang der äußern Politik, dagegen sind ihre Befürchtungen wegen des im Innern drohenden Unheils vollauf begründet gewesen. Indem die deutschfreisinnige Partei unter den Volksrechten, die sie ihrer Abstammung nach zu verteidigen hätte, die Rechte der Juden voranstellt, hat sie ihre Wurzeln im Volke zum Absterben verurteilt. Für eine wirklich liberale Partei versteht es sich ja von selbst, daß sie Ausnahmegesetze, Religionsverfolgungen, Belästigung einzelner Bevölkerungsklassen durch unnötige Beschränkungen, ungerechte Bevorzugungen oder Zurücksetzungen zu bekämpfen verpflichtet ist. Aber während die Deutschfreisinnigen diese Pflicht nicht selten versäumen, wo Klassen betroffen werden, die ihnen gleichgiltig oder widerwärtig sind, verfühen sie unaufhörlich ein entsetzliches Geschrei über Judenverfolgung, während den Juden im Reiche thatsächlich noch kein Haar gekrümmt worden ist. Hat der Staat jemals in das jüdische Kirchenwesen hineinregiert wie in das katholische? Hat er zahlreiche Rabbiner eingesperrt, bloß weil sie ihre Zeremonien verrichtet haben, ohne ihn zu fragen? Hat er andre Rabbiner internirt oder Landes verwiesen oder ihnen die Abhaltung gemeinnütziger Vorträge verboten, bloß weil sie Rabbiner sind? Hat er den jüdischen Lehrern verboten, die Judenkinder hebräisch lesen und schreiben zu lehren, obwohl das Hebräische doch nicht mehr in dem Sinne und Grade die Muttersprache der Juden ist, wie die polnische die der Polen? Nichts ist den Juden geschehen, als daß viele Leute und einzelne Blätter sie kritisiren und auch wohl auf sie schimpfen; aber welche Religionsgesellschaft, Nationalität, Partei, ja welcher der Öffentlichkeit bekannte Mann müßte sich das nicht gefallen lassen? Zwar sind auch mancherlei Pläne gemacht worden, die staatsbürgerlichen Rechte der Juden zu beschränken, allein sie haben so wenig Aussicht auf Verwirklichung,

daß man noch gar nicht einmal gewagt hat, sie zu Gesetzesanträgen zu formulieren und in den Parlamenten einzubringen; sie bedeuten demnach gar keine unmittelbare Gefahr für das Judentum. Daher macht sich die „freisinnige“ Presse nur lächerlich, wenn sie den Antisemitismus „die Schmach des Jahrhunderts“ nennt. Es giebt leider sehr vieles, was unserm Jahrhundert zur Schmach gereicht, aber der Antisemitismus gehört nicht dazu, er ist schlimmsten Falls eine Donquixotterie. Ende der siebziger Jahre schrieb die Saturday Review einmal: „Es ist merkwürdig! Wenn in Preußen katholische Geistliche wegen Erfüllung ihrer Amtspflichten eingesperrt werden, wenn man in Rußland Katholiken, die nicht in die orthodoxe Kirche gehen wollen, scharenweise zu Tode knetet, wenn man ebenda die Kinder evangelischer Eltern zwangsweise der orthodoxen Kirche zuführt und die Pastoren wegen Erfüllung ihrer Amtspflichten nach Sibirien schickt, so rührt sich in ganz Europa keine Macht, um für die Verfolgten Fürsprache einzulegen. Wenn aber in Rom ein einziger Judenknabe, den eine Magd (gesetzwidrigerweise) getauft hat, seinen Eltern weggenommen wird, um katholisch erzogen zu werden, oder wenn in Rumänien einige jüdische Wucherer durchgeprügelt werden, so setzt sich die europäische Diplomatie in Bewegung!“ Den Grund dieser Erscheinung findet die genannte Zeitschrift in der Abhängigkeit der Regierungen von den jüdischen Finanzfürsten. Die Juden hatten also thatsächlich eine privilegierte Stellung erlangt, daher erscheint der Antisemitismus schon als Reaktion des Volkswillens dagegen gerechtfertigt.

Wenn die „Deutschfreisinnigen“ das Volk noch nicht ganz eingebüßt haben, so haben sie das in erster Linie der in Moses Verlag erscheinenden Berliner Morgenzeitung zu verdanken, die 150 000 Abonnenten in allen Gegenden Deutschlands und vorzugsweise in den untern Klassen zählt. Es ist nicht bloß der fabelhaft billige Preis (1 Mark vierteljährlich), was ihr diese große Verbreitung verschafft hat, sondern hauptsächlich die äußerst geschickte Redaktion. Das spezifisch „Deutschfreisinnige“ tritt zurück; die Sprache ist volkstümlich, der Inhalt ebenfalls; denn sie enthält sachkundige Mitteilungen und Erörterungen über alle Angelegenheiten des Volks, insbesondere auch über landwirtschaftliche Gegenstände, durch „Stimmen aus dem Leserkreis“ werden Leser aller Stände ihre Mitarbeiter. Auf 150 000 Abonnenten muß man mehr als 500 000 Leser rechnen, da in den ärmern Klassen immer mehrere Personen ein Blatt zusammen zu halten pflegen. Von Umständen hängt es ab, ob dieser Leserkreis den Deutschfreisinnigen noch auf längere Zeit erhalten bleiben oder was sonst damit geschehen wird. Er kann den Sozialdemokraten zusallen, kann die Gründung einer Demokratenpartei vorbereiten, die sich der süddeutschen Volkspartei angliedern würde, kann auch, namentlich unter der Bauernschaft, die Bildung der echten Volkspartei, der Mittelstandspartei, anbahnen helfen.

Die Zentrumspartei ist, sozial betrachtet, schon eine Mittelstandspartei.

Die Zahl der reichen Leute, die aus konfessionellen Gründen zu ihr halten, ist nicht groß, und wollen solche Einfluß in ihr erlangen, so dürfen sie keine extrem kapitalistischen Ansichten und Neigungen hervorkehren. Die Masse ihrer Wähler besteht aus Bauern, Handwerkern und kleinen Kaufleuten, und die Proletarier, die ihr treu bleiben, thun es meistens nicht aus Zwang, sondern teils aus Frömmigkeit, teils weil sie noch nicht vom Klassenbewußtsein ergriffen sind. Demnach wäre diese Partei sehr geeignet, als Krystallisationskern für die Organisation der Bürger- und Bauernschaft zu dienen, wenn sie durch Beseitigung des Konfessionshaders gezwungen würde, ihren konfessionellen Charakter abzustreifen.

Von der sozialdemokratischen Partei brauchen wir nichts zu sagen. Sie erweist der gegenwärtigen Gesellschaft den Dienst des unbestechlichen Kritikers, aber als die Partei der Zukunft können wir sie nicht gelten lassen, da der Kommunismus nicht unser Zukunftsideal ist. Die Zukunft vorbereiten hilft sie, nicht bloß indem sie die Übel aufdeckt, ehe sie unheilbar geworden sind, sondern auch indem sie die Massen der Ärmern zum Nachdenken, zur Selbstbeherrschung, zum gemeinsamen Handeln, also für das politische und Gemeindeleben erzieht, eine Erziehung, die weit verdienstlicher ist als die sogenannte „sittlich-religiöse“ zum blinden Gehorsam, vorausgesetzt, daß wir weder eine Hammelherde noch ein Theater von Drahtpuppen noch ein Gefindel von Sklaven, sondern ein Volk von deutschen Männern sein und bleiben wollen.



Das preußische Landrecht

Zu seinem hundertjährigen Bestehen

Von Ernst Kayser



ährend die Blicke der Nation erwartungsvoll auf die Vollendung des Werkes gerichtet sind, das unter dem Namen eines bürgerlichen Gesetzbuchs dem politisch geeinten Reiche die langersehnte Einheit auf dem Gebiete des Privatrechts in den durch die bundesstaatlichen Verhältnisse gezogenen Grenzen bringen soll, naht sich der Gedenktag eines für die Rechtsgeschichte Preußens bemerkenswerten Ereignisses, dessen Bedeutung und Wirkungen bis auf unsre Tage herabreichen. Am 5. Februar 1894 sind hundert Jahre verflossen, seit durch ein Patent König Friedrich Wilhelms II. das allgemeine Landrecht für die preu-